

«Ohne Subventionen gibt es keinen neuen Wärmeverbund»

Klimapolitik Stadtrat Stefan Fritschi (FDP) und Marco Gabathuler, Direktor von Stadtwerk Winterthur, erklären, wo sie Millionen in Solaranlagen investieren wollen und unter welchen Bedingungen der Wärmeverbund Aquifer doch noch gebaut werden kann.

Michael Graf

Am 6. April gingen Tausende in Winterthur fürs Klima auf die Strasse. Wo waren Sie, Herr Fritschi?

Stefan Fritschi: Ich war auch in der Stadt, mit der Familie einkaufen. Ich bin selbst nicht der Typ für Demonstrationen. Aber ich fand es eine sympathische Veranstaltung und habe mit Interesse zugehört und die Schilder gelesen. Schliesslich bin ich offenbar auch ein Adressat.

Ja, mit Stadtwerk und Stadtbushaben Sie zwei Schlüsselbetriebe. Aber interessieren Sie sich als FDP-Mitglied überhaupt für Umweltfragen?

Fritschi: Als Stadtrat ist man zuallererst Stadtrat und erst in zweiter Linie Parteimitglied. Von «Schlüsseldepartementen» rede ich nicht gerne. Der ganze Stadtrat muss bei diesem Thema am gleichen Strick ziehen.

Nehmen Sie diese Demonstrationen ernst?

Fritschi: Ich nehme alle Menschen ernst. Es fällt auf, dass mehr Leute sensibilisiert sind gegenüber dem Klima. Ein so heisser, trockener Sommer wie letztes Jahr geht nicht spurlos an einem vorbei. Ich bin überzeugt, dass der Klimawandel ein Fakt ist und dass er von uns Menschen verursacht ist. Damit wir die Erderwärmung auf ein erträgliches Mass beschränken können, müssen wir etwas unternehmen.

Was sind die wichtigsten Klimaziele, die Winterthur in den letzten Jahren erreicht hat?

Fritschi: Was bezüglich CO₂-Reduktion am meisten ausmacht, sind die Förderprogramme für Hausbesitzer, der Ausbau der Fern- und Quartierwärmeverbunde und die Tatsache, dass wir dem Erdgas mehr Biogas beimischen. Allein durch die letzte Massnahme werden jährlich 3000 Tonnen CO₂ eingespart.

Ihre Stadtratskollegin Barbara Günthard-Maier (FDP) sagt, die «tief hängenden Früchte», also die leicht zu erreichenden Einsparmöglichkeiten, seien bald ausgeschöpft. Braucht es jetzt schmerzhaften Verzicht?

Fritschi: Ich glaube nicht, dass schon alle realisiert sind. Als wir kürzlich zwei Informationsabende für Hausbesitzer durchführten, war der Saal der Alten Kaserne zweimal voll. Es gibt noch viel Potenzial. Manche Hausbesitzer wurden jetzt vielleicht durch die Energie der Jugendlichen wachgerüttelt.

Schon 2012 bewilligte das Stimmvolk 20 Millionen Franken für Fotovoltaikprojekte. Von diesem Kredit hat Stadtwerk erst 6,5 Millionen investiert. Warum geht es so langsam voran?

Marco Gabathuler: Bauprojekte brauchen viel Vorlauf. Und sie müssen sich rechnen. Als Stadtwerk dürfen wir, gemäss politi-



Wie erreicht Winterthur die Klimaziele? Stadtwerk-Direktor Marco Gabathuler (l.) und Stadtrat Stefan Fritschi (FDP) wissen es. Foto: Marc Dahinden

schem Auftrag, nicht in defizitären Anlagen investieren

Seit einem Jahr baut Stadtwerk auch kleine Anlagen auf Privaddächern. Liegt hier die Zukunft?

Gabathuler: Ja. Wir haben das E-Solardach Single im ersten Jahr kaum beworben, doch das Interesse war sehr gross. Die Pilotphase ist nun abgeschlossen und wir wollen das Produkt pushen.

Konkurrenziert Stadtwerk damit nicht private Solarfirmen, Herr Fritschi?

Fritschi: Wenn Sie bereit sind, eine Anlage selbst zu bezahlen, sollten Sie das tun, mit einem privaten Unternehmen. Was wir anbieten, ist allerdings einzigartig: ein Stromnutzungsrecht. Statt einmal 10 000 oder 15 000 Franken zu zahlen, zahlen Sie zum Beispiel um die 100 Franken pro Monat an Stadtwerk und dürfen dafür Strom vom eigenen Dach beziehen. Stadtwerk finanziert die Anlage und kümmert sich um alle Bewilligungen. Gebaut wird sie dann von privaten

Firmen. Wir glauben, das ist für viele attraktiv.

Wie gross ist das Potenzial für Fotovoltaik überhaupt? Sie macht weniger als 2 Prozent des Stadtwerk-Stroms aus.

Gabathuler: Das ist nur der verkaufte Strom. Wie viel die Leute mit eigener Fotovoltaikanlage selbst konsumieren, wissen wir nicht. Fotovoltaik ist sicher die Energieform mit dem grössten Potenzial in der Schweiz. Für Windräder sind wir zu dicht besiedelt und die Wasserkraft ist

weitgehend ausgeschöpft. Fotovoltaik ist heute fast so günstig wie herkömmlicher Strom.

Im Gemeinderat fanden Forderungen eine Mehrheit, den Graustrom ganz aus dem Programm zu streichen und bis 2050 aus dem Erdgas auszuweichen. Ist das schaffbar?

Gabathuler: Es gibt genügend Wasserkraftstrom auf dem Markt. Wenn die Politik es will, werden wir es umsetzen. Beim Gas steht derzeit noch nicht genügend inländisches Biogas be-

So viel Geld ist noch von den Rahmenkrediten übrig

2012 bewilligte das Volk einen Rahmenkredit von 90 Millionen Franken für erneuerbare Energien. Davon wurden 65 Millionen in die Beteiligungsgesellschaften Swispower Renewables AG (35 Millionen) und Aventron AG (30 Millionen) investiert. Für 5 Millionen sucht Stadtwerk noch eine Beteiligung, möglichst in Wasserkraft. 20 Millionen waren für lokale Fotovol-

taikprojekte reserviert. Davon wurden bisher für gut 6,5 Millionen Franken 21 grössere Anlagen realisiert (installierte Leistung 3000 kWp) und 10 kleine («E-Solardach Single»). Vom 2015 bewilligten Rahmenkredit über 70 Millionen für Energie-Contracting waren Ende 2018 noch 65 Millionen Franken übrig, verschiedene Projekte sind laut Stadtwerk in Arbeit. (mig)

reit, um alles Fossilgas zu ersetzen, doch wir werden dem Parlament gerne ein Szenario ausarbeiten.

Vor anderthalb Jahren stoppte der Stadtrat den Wärmeverbund Aquifer im Neuwiesenquartier. Gibt es ein Nachfolgeprojekt?

Fritschi: Wir prüfen es ernsthaft. Eben gerade weil Wärmeverbunde eine so zentrale Rolle für die Erfüllung der Klimaziele spielen. Wir haben das Projekt damals stoppen müssen, weil wir vom Finanzgesetz her die Auflage haben, das investierte Geld wieder einzuspielen. Das hätten wir im ursprünglichen Projekt nicht geschafft.

Was hat sich seither geändert?

Fritschi: Nichts. Wir haben immer noch keine strengeren Vorschriften beim Heizungsersatz. Öl und Gas sind weiter billig. Und die Strassen im Quartier sind wieder zu. Der Stadtrat prüft nun eine Anschubfinanzierung, um das Projekt anfangs finanziell

auf bessere Füsse zu stellen. So wären die Anschlusspreise günstiger. Wir müssen verhindern, dass wir eine Leitung bauen und die Kunden schliessen nicht an.

Eine Subvention also?

Fritschi: Ja. Es braucht einen klaren Auftrag von Stadtrat, Parlament und Volk. Wir sehen keinen anderen Weg; wenn wir einen Quartierwärmeverbund wollen, bei dem klar ist, dass es aufgrund der Marktsituation nicht aufgeht, geht es zurzeit nicht ohne Subventionierung.

Wenn Öl und Gas teurer werden, ist das doch gar nicht nötig.

Fritschi: Ich bin absolut dagegen, nach dem Prinzip Hoffnung vorzugehen. Wir hatten zwei Projekte nach dem Prinzip Hoffnung: Biorender und Wärmering Frauenfeld. Ich kann so etwas

«Die ökologischen Produkte sind da. Man muss sie nur bestellen.»

Marco Gabathuler
Direktor Stadtwerk

nicht verantworten. Es ist mir lieber, ein Projekt ist gut finanziert, wenn es startet. Und speist, wenn es gut läuft, irgendwann die Subvention zurück.

Gabathuler: Bei Stadtwerk sind wir nahe beim Kunden. Wir sehen, dass an der Urne nachhaltige Projekte meist eine Mehrheit finden. Aber sobald zu Hause eine Offerte auf dem Tisch liegt, fragt man trotzdem nach günstigeren Alternativen. Das ist menschlich.

Und wenn am Wohnort gar kein Fernwärmenetz vorhanden ist?

Gabathuler: Wir haben zu jedem Produkt eine ökologische Alternative, auch 100 Prozent Biogas. Es ist auch nicht wahnsinnig viel teurer. Ich begrüsse, dass durch die Jugendbewegungen ein sozialer Druck aufgebaut wird. Diese Schüler haben recht. Es ist ihre Zukunft. Es ist aber nicht primär eine Sache der Politik oder von Stadtwerk, sondern von jedem Einzelnen. Er muss nur den Hörer in die Hand nehmen und die Produkte bei uns bestellen.

Fritschi: Ich bin mit vielen der Forderungen einverstanden, insbesondere finde ich, anders als manche Parteikollegen, dass die Mobilität viel zu günstig ist, ob Billigflüge oder das Pendeln mit dem Auto. Man kann aber nicht alles an die «Politiker» delegieren. In diesem Land dürfen sich fast alle als Politiker fühlen, auch die Stimmbürger reden ja mit. Und sogar die Jugendlichen können Petitionen einreichen, Demos organisieren oder daheim im Haushalt Druck machen, etwas zu ändern.

Der Landbote

ZRZ
Zürcher Regionalzeitung

TAGBLATT VON WINTERTHUR UND UMGEBUNG



Neue Uniformen für die Stadtpolizei

Winterthur Die Polizistinnen und Polizisten sollen für 490 000 Franken einheitlich ausgerüstet werden. **Seite 4**

Neue Chance für den FCW

Winterthur Der heutige Auftritt von Servette ist das letzte Spitzenspiel der Saison auf der Schützi. **Seite 29**

Neue Ausgangslage für Pfadi

Kriens Auch dank Simon Schelling kann der Viertelfinal bereits heute entschieden werden. **Seite 33**

Kreuzgang am Karfreitag



Osterfeiern Zum Karfreitag zogen in Effretikon Kinder in einem Familiengottesdienst mit einem Kreuz um die Kirche. In einem Gastbeitrag beschreibt Pfarrer Michael Weisshaar, wieso Ostern ein Fest der Wege ist. (red) **Seiten 4 + 8** Foto: J. Bossart

Aquifer soll eine zweite Chance erhalten

Winterthur Der Stadtrat prüft, den gestoppten Wärmeverbund Aquifer doch noch zu realisieren – mit Subventionen.

Michael Graf

Der gestoppte Wärmeverbund Aquifer im Neuwiesenquartier könnte doch noch Realität werden. Im Interview mit dem «Landboten» sagt Werkvorsteher Stefan Fritschi (FDP), der Stadtrat prüfe, ob man das Projekt «auf finanziell bessere Füße stellen» könne. Denkbar sei beispielsweise eine Anschubfinanzierung mit Steuergeldern, um die Anschlusspreise anfangs zu vergünstigen.

«Wenn wir einen Quartierwärmeverbund wollen, der finanziell auf besseren Füßen steht, wird es wohl nicht ohne Subventionierung gehen», sagt Fritschi. Für eine solche Subvention seien die Zustimmung des Stadt- und des Gemeinderats

und wohl eine Volksabstimmung nötig. Noch sei nichts spruchreif. «Das ursprüngliche Projekt muss neu beurteilt werden. Das packen wir nun an.»

Dass Quartierwärmeverbunde sich nicht rechnen, sei nicht nur im Neuwiesenquartier so. Jene, die eine gute Rendite und Anschlussdichte versprechen, habe man bereits gebaut. «Jetzt kommen die, die wohl nicht ganz selbsttragend sind», so Fritschi. Prüfen müsse man sie trotzdem, denn kaum eine Massnahme der Stadt bringe derart viel CO₂-Ersparnis wie ein Wärmeverbund.

Solaroffensive angekündigt

Auch im Bereich Fotovoltaik will Stadtwerk weiter ausbauen. Seit dem Jahr 2012 wurden über 20 grössere Anlagen gebaut. Jetzt

will Stadtwerk kleine Anlagen auf Wohnhäusern bauen. Nach einjähriger Pilotphase sei man mit dem «E-Soldardach Single» so zufrieden, dass man das Produkt jetzt aktiv vermarkten möchte, sagt Stadtwerk-Direktor Marco Gabathuler. Beim E-Soldardach übernimmt Stadtwerk die Planung, die Finanzierung und die Wartung der Solaranlage. Liegenschaftsbesitzer zahlen eine monatliche Miete und dürfen Strom zum Eigenkonsum beziehen.

Geld für die Solaroffensive ist bei Stadtwerk vorhanden: Von dem im Jahr 2012 bewilligten Rahmenkredit für erneuerbare Energien sind noch mehr als 13 Millionen Franken für den Bau von Solaranlagen übrig geblieben. **Seite 3**

Wirte-Chef stellt steigende Ausgabefreudigkeit fest

Winterthur Die Lage vieler Beizer hat sich laut dem Verbandspräsidenten verbessert.

Restaurantgäste würden heute wieder eher einen Nussgipfel zum Kaffee bestellen als auch schon, berichtet der neu gewählte Präsident des Wirteverbands Gastro Winterthur, Thomas Wolf. Viele Wirte seien darum heute zuversichtlicher als noch vor ein, zwei Jahren. Die Umsätze in seinem eigenen Betrieb in Wülflingen seien stark gestiegen.

Wolf tritt an der Spitze des hiesigen Verbands die Nachfolge von Kari Fatzer an, der für das Präsidium des kantonalen Verbands nominiert wurde. Um eine weitere Zunahme der Vorschrif-

ten und Gebühren zu verhindern, will SVP-Gemeinderat Wolf die Beziehungen der Wirte zur Politik, auch in den Stadtrat, verbessern, wie er im Antrittsinterview sagt. Trotz der teils wachsenden Umsätze würden viele Beizer die Gewinnschwelle verfehlen: «Im Durchschnitt schreiben die Schweizer Restaurants Verlust.» Nebst der Auflagedichte habe dies damit zu tun, dass es in der Branche «viel Wildwuchs» gebe. Quereinsteiger hätten oft eine idealisierte Vorstellung vom Geschäft, wenn sie eine Beiz eröffnen. (gu) **Seite 5**

Wenig Teilnehmer, dafür intensive Diskussionen

Henggart Gut 8500 Einwohner würde die neue Gemeinde zählen, wenn Adlikon, Andelfingen, Henggart, Humlikon, Kleinandelfingen und Thalheim an der Thur fusionieren würden. Zum Fusionsprojekt fanden die letzten beiden Wochen zwei Workshops für die Bevölkerung statt, zuerst in Andelfingen und zuletzt in Henggart. Trotz des grundlegenden Projekts nahmen an beiden Anlässen jeweils weniger als 100 Bürgerinnen und Bürger teil. Diskutiert wurde allerdings intensiv. (mab) **Seite 9**

Baudirektion muss sich mit neuer Eingabe zum Totentanz befassen

Zürich Auf den neuen Baudirektor, der möglicherweise Martin Neukom (Grüne) heisst, wartet ein spannendes Dossier. Er muss sich mit einer neuen Eingabe zum Spray-Zyklus Totentanz im Grossmünster befassen. Die für das Projekt zuständigen Vertreter der Kirche, Kurator Thomas Gamma und Grossmünsterpfarrer Christoph Sigrist, wollen

dem Kanton eine Projekterweiterung beantragen. Der Sprayer Harald Naegeli benötige zusätzliche Flächen im Karlsturm, damit der Totentanz richtig zur Geltung komme. «Wir wissen, dass ihm diese Erweiterung wichtig ist», sagt Gamma. Seit Januar hat der 78-jährige Künstler nicht mehr an seinem Werk gearbeitet. (red) **Seite 19**

Auch Ziel in Basel war offenbar im Visier von IS-Attentätern

Basel Die Warnstufe für Terror ist in der Schweiz seit Jahren erhöht. Jetzt zeigt sich, dass es tatsächlich konkrete Pläne für ein Attentat gab. Eine Festplatte, die IS-Kämpfer in Syrien zurückliessen, enthält Instruktionen ranghoher Mitglieder für Anschläge.

In den Plänen findet sich ein Luftbild von über 25 Öltanks in der Nähe eines Wohnquartiers.

Nach Informationen dieser Zeitung handelt es sich um ein Lager am Basler Rheinhafen im Dreiländereck. Ein IS-Kommandant wollte dort im letzten Januar eine «ökonomische Katastrophe» auslösen. Warum es nicht so weit kam, ist unbekannt. Möglich, dass der Zufall mitspielte, denn noch letztes Jahr wurden die Tanks abgebrochen. (red) **Seite 21**

Bund setzt Zeichen für Windanlagen

Energie Gemäss einem neuen Rechtsgutachten des Bundesamts für Energie dürfen Kantone und Gemeinden keine fixen Mindestabstände zwischen Windanlagen und Siedlungen festlegen. Laut Windkraftpromotoren liegt es auch an solchen starren Abstandsregeln – wie etwa in der Gemeinde Glarus Nord –, dass der Ausbau der Windkraft nur schleppend vorankommt. (hän) **Seite 23**

Wetter

6° 22°
Sonnig und am Nachmittag warm.

Seite 18

Was Sie wo finden

Agenda	11
Kultur	13
TV/Radio	15
Börse	26
Sport	29
Traueranzeigen 14	
Eulach-/Fahrzeugmarkt 28	
Veranstaltungen 28	

